

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Sportausschusses (5. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Riegert, Eberhard Gienger, Stephan Mayer (Altötting), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Martin Gerster, Dagmar Freitag, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Dr. Lutz Knopek, Hans-Werner Ehrenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Daniela Wagner, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/13091 –

**Ringens vor dem Ausschluss aus dem olympischen Programm bewahren**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Katrin Kunert, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/13092 –

**Ringens vor dem Ausschluss aus dem olympischen Programm bewahren**

### **A. Problem**

Zu den Buchstaben a und b (inhaltsgleich)

Die Exekutive des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) plant, die traditionelle Sportart Ringen ab 2020 aus dem olympischen Programm auszuschließen. Dies hat im internationalen Sport für Unverständnis und Verärgerung gesorgt; einige Initiativen werben seitdem für den Verbleib des Ringens im olympischen Programm. Im September 2013 wird das IOC in seiner Vollversammlung in Buenos Aires abschließend über das Programm der olympischen Sportarten ab dem Jahr 2020 und damit über den Verbleib bzw. Ausschluss der Traditionssportart Ringen entscheiden. Sportverbände auf nationaler und internationaler Ebene arbeiten an Lösungsmöglichkeiten, den Ausschluss des Ringens zu verhindern.

**B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Annahme des Antrags auf Drucksache 17/13091 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Erledigterklärung des Antrags auf Drucksache 17/13092 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13091.

Zu Buchstabe b

Annahme oder Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13092.

**D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

**E. Erfüllungsaufwand**

Zu den Buchstaben a und b

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Wurde nicht erörtert.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Wurde nicht erörtert.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Wurden nicht erörtert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Wurde nicht erörtert.

**F. Weitere Kosten**

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/13091 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/13092 für erledigt zu erklären.

Berlin, den 25. April 2013

### **Der Sportausschuss**

**Dagmar Freitag**  
Vorsitzende

**Klaus Riegert**  
Berichterstatte

**Martin Gerster**  
Berichterstatte

**Dr. Lutz Knopek**  
Berichterstatte

**Katrin Kunert**  
Berichterstatte

**Viola von Cramon-Taubadel**  
Berichterstatte

## Bericht der Abgeordneten Klaus Riegert, Martin Gerster, Dr. Lutz Knopek, Katrin Kunert und Viola von Cramon-Taubadel

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlagen auf **Drucksachen 17/13091** und **17/13092** in seiner 234. Sitzung am 18. April 2013 beraten und an den Sportausschuss zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Ringens ist seit der Antike eine Kerndisziplin der Olympischen Spiele und ist daher schützenswertes kulturelles Erbe der Olympischen Spiele der Gegenwart. Nicht nur im Spitzensports ist das Ringen von großer Bedeutung, auch als Breitensport nimmt die Sportart in Deutschland eine wichtige Stellung ein und trägt zur gesellschaftlichen Integration bei. Der Sportart Ringen droht der Ausschluss aus dem Programm der Olympischen Sommerspiele ab dem Jahr 2020. Die Entscheidung hierzu fällt im September 2013 durch die Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Buenos Aires. Der Internationale Ringerbund (FILA) und der Deutsche Ringerbund (DRB) suchen Lösungswege, um den Erhalt des Ringens als olympische Sportart doch noch sicherzustellen. Auch andere Länder, beispielsweise die USA und Russland, haben angekündigt, sich für den Verbleib des Ringens im olympischen Programm einzusetzen. Gleichzeitig ist durch die Ringerverbände Reformbedarf erkannt worden, der zu strukturellen Veränderungen führen soll. Deren Umsetzung und die Bemühungen um den Verbleib des Ringens im Programm der Olympischen Spiele liegen zunächst in der Verantwortung des autonomen Sports, die Politik kann die Sportverbände in ihrem Anliegen unterstützen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- unter Beachtung der Autonomie des Sports sowie der legitimen Interessen mitbewerbender Sportarten den Deutschen Ringerbund (DRB) und übergeordnete Dachverbände flankierend bei der Erarbeitung von internationalen Reformvorschlägen und nachhaltigen Lösungsansätzen zum Verbleib des Ringens im olympischen Programm beratend zu unterstützen,
- am Rande der 5. UNESCO-Weltsportministerkonferenz (MINEPS) in Berlin sich über den drohenden Ausschluss des Ringens aus dem olympischen Programm zu verständigen, mögliche nationale und internationale Konsequenzen zu problematisieren und Auswege zu eruieren und
- im Rahmen der internationalen und europäischen Sportpolitik der Bundesregierung sich für einen grenzenüberschreitenden Austausch – insbesondere mit den USA und Russland – diesbezüglich einzusetzen.

Im Einzelnen wird auf die inhaltsgleichen Drucksachen 17/13091 und 17/13092 verwiesen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage 17/13091 in seiner 105. Sitzung am 24. April 2013 beraten und empfiehlt An-

nahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Innenausschuss hat die Vorlage 17/13092 in seiner 105. Sitzung am 24. April 2013 beraten und für erledigt erklärt.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Sportausschuss** hat die Vorlagen in seiner 76. Sitzung am 24. April 2013 beraten und empfiehlt die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/13091 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag auf Drucksache 17/13092 wurde einstimmig für erledigt erklärt.

Die **Fraktionen der CDU/CSU und FDP** erklärten, das Ringen ist eine olympische Traditionssportart, die nach der Entscheidung der Exekutive des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nun vor einem drohenden Ausschluss aus dem olympischen Programm steht. Dies hat in vielen Ländern zu Unverständnis, Ablehnung und zu zahlreichen Initiativen geführt. Die Gründe für die Entscheidung der IOC-Exekutive sind nur teilweise bekannt geworden. Der drohende Ausschluss scheint aber zu mindestens durch Fehler und eine nachlässige Kooperation des Internationalen Ringer Verbandes (FILA) mit verursacht worden zu sein. Auf der internationalen Ebene hat der Ringerbund unterdessen weitere Reformbestrebungen angekündigt, um doch noch im olympischen Programm zu verbleiben. Auf der IOC-Vollversammlung in Buenos Aires im Herbst 2013 werden die Mitglieder der internationalen Sportgemeinschaft über den Verbleib bzw. Ausschluss des Ringens aus dem olympischen Programm letztlich entscheiden. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben sich direkt nach der Bekanntgabe der IOC-Exekutive mit den zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt und sich für einen Verbleib des Ringens im olympischen Programm stark gemacht. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen wurde das Thema im Sportausschuss erörtert, zudem wurde von CDU/CSU und FDP ein fraktionsübergreifender Antrag angestoßen. Die Initiative der Bundestagsfraktionen richtet sich auf das Angebot der Bundesregierung, den internationalen Reformprozess im Ringen beratend zu begleiten. Der eingebrachte Antrag richtet sich ausdrücklich nicht gegen andere, sich bewerbende Sportarten. Die „Autonomie des Sports“ bleibt die Grundlage der deutschen Sportpolitik – in diesem Rahmen soll eine Unterstützung des Ringens stattfinden. Der Antrag sieht vor, zusammen mit der Bundesregierung u. a. bei der Erarbeitung möglicher Lösungsansätze beratend zu helfen. Zudem soll am Rande der 5. Weltsportministerkonferenz (MINEPS) in Berlin sich über das Thema verständigt und im Rahmen der europäischen und internationalen Sportpolitik nach Auswegen gesucht werden.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, sie respektiert die Autonomie des Sports. Ringen kommt innerhalb der olympischen Familie eine besondere Rolle zuteil. Es liegt vor allem an den zuständigen Institutionen und Verbänden, sich für den Ver-

bleib oder eine Aufnahme ihrer Sportart im olympischen Programm stark zu machen. Der Internationale Ringerbund, der Deutsche Olympische Sportbund sowie der Deutsche Ringerbund sind zur Frage des Ringens als olympische Sportart mit dem IOC bereits im Austausch. Gern nimmt die SPD eine beratende Rolle ein. Bei der öffentlichen Beratung im Sportausschuss am 24. April 2013 zu dem Antrag „Ringgen vor dem Ausschluss aus dem olympischen Programm bewahren“ hat der Präsident des Deutschen Ringerbundes überzeugende Argumente für einen Verbleib der Sportart im olympischen Programm vorgetragen. Da den Vertretern des IOC eine Teilnahme an der Anhörung nicht möglich war, waren weitere Argumente des IOC zum geplanten Ausschluss nicht zu erfahren. Der Ringerbund hat bereits erste Reformen eingeleitet und auch deshalb unterstützt die SPD die weiteren Prozesse zum Erhalt der Sportart Ringen im olympischen Programm.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärte, der Antrag wurde wortgleich auch von der Linksfraktion gestellt, da die Unionsfraktion eine Initiative gemeinsam mit der Linksfraktion erneut abgelehnt hat. Der Antrag ist ein Appell an das Internationale Olympische Komitee (IOC), die Sportart Ringen im olympischen Programm zu belassen. Auf einer Tagung der Exekutive des IOC im Frühjahr 2013 wurde entschieden, dass die Vollversammlung des IOC im Herbst über den Verbleib der Sportart abstimmen soll; sieben weitere Kandidaten wollen diesen Platz im Programm. Ringen war bereits in der Antike Kernbestandteil des olympischen Programms und gehört seit dem Beginn 1896 zu den Sportarten der Olympischen Spiele der Neuzeit. Über seine kulturelle Bedeutung hinaus spielt das Ringen eine wichtige Rolle im Breitensport, da es in den unterschiedlichsten Nationen bereits von Kindern und Jugendlichen betrieben wird. Sport ist zudem immer wieder Türöffner für internationale Kommunikation, die so auf politischer Ebene nicht stattfindet. Rin-

gen ist beispielsweise in Ländern wie Georgien, Aserbeidschan und Iran, Nationen zu denen sich die diplomatischen Kontakte oft schwierig gestalten, Nationalsport und einziges Aushängeschild im internationalen Vergleich. Ein Ausschluss der Sportart könnte die Beziehungen zu diesen Staaten weiter erschweren. Nach einmütiger Zustimmung zum Antrag 17/13091 wurde anschließend der wortgleiche Antrag der Linksfraktion (17/13092) von der Ausschussmehrheit für erledigt erklärt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass sie im Ausschuss eine Stellungnahme der deutschen Vertreter im Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees, Thomas Bach und Claudia Bokel, erwartet hätte. Eine politisch weitgehende Forderung wie im vorliegenden Bundestagsantrag ist zwar nicht üblich, denn grundsätzlich gilt die Autonomie der Sportverbände. Die Sportpolitik in Deutschland hat jedoch zur Kenntnis zu nehmen, dass das Ringen in osteuropäischen Ländern und in Asien ein Volkssport ist und daher auch von einem breiten Unterstützungsvotum des Deutschen Bundestags ein Signal ausgeht. Es hat sich gezeigt, dass sich sportpolitische Allianzen zwischen Iran, Russland und USA gebildet haben, die sonst in der Politik nicht festzustellen sind. Des weiteren wird auf die Aussage des Begründers der Olympischen Spiele der Neuzeit, Pierre Baron de Coubertin, aus dem Jahr 1925 hingewiesen, wonach die Frage der Zukunft der Olympischen Spiele eine Frage von „Markt oder Tempel“ ist. Es ist nicht nachvollziehbar, eine olympische Kernsportart wie das Ringen für die Gigantomanie von Olympia verantwortlich zu machen. Abschließend wurden in den Ausführungen der Vertreterin der grünen Fraktion Fragen nach einer Position der Bundesregierung zum drohenden Ausschluss des Ringens aus dem olympischen Programm sowie nach der Rolle des Ringens als Schulsport gestellt.

Berlin, den 25. April 2013

**Klaus Riegert**  
Berichterstatter

**Martin Gerster**  
Berichterstatter

**Dr. Lutz Knopek**  
Berichterstatter

**Katrin Kunert**  
Berichterstatterin

**Viola von Cramon-Taubadel**  
Berichterstatterin





